

FÜR EIN FÖDERALES UND SOZIALES EUROPA

Einleitung

Die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Europas waren bis jetzt noch nie der Ort einer grundsätzlichen Debatte über die politische Orientierung der europäischen Sozialdemokratie. Das muß sich mit dem Parteitag in Berlin ändern. Denn die SPE ist heute nicht die politische Kraft, welche die Völker Europas brauchen, um der europäischen Konstruktion eine demokratische und progressiv ausgerichtete Struktur zu geben.

Die europäische Sozialdemokratie legt grossen Wert auf die europäische Integration, weil wir glauben, dass Europa dem heute vorherrschenden amerikanischen Modell der neoliberalen Globalisierung ein alternatives Gesellschaftsmodell wirkungsvoll entgegensetzen kann. Denn leider wird die Europäische Union jeden Tag mehr eine grosse Freihandelszone. Weit davon entfernt, die sozialen Errungenschaften unseres sozialen Modells zu verteidigen, ist sie eine treibende Kraft der neoliberalen Deregulierungen geworden. Ohne Legitimität in den Augen der Völker befindet sich das Projekt Europa in der Krise. Und, wer noch daran zweifelte, hat mit dem Fehlschlag von Nizza ein dramatisches Beispiel erleben können.

Die SPE sollte daher zum Instrument einer Neuorientierung der europäischen Konstruktion werden. Das ist sie bis heute leider nicht, denn sie ist nicht wirklich eine Partei. Zudem suchte sie im Laufe der Jahre eine Equidistanz zur Sozialdemokratie und zum Liberalismus. Diese Orientierung, deren vollendete Fassung der dritte Weg darstellt, schlägt sich in einer verstärkten Vorherrschaft des Marktes, mehr Armut und mehr Ungleichheiten nieder. Die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus verläuft nicht mehr zwischen europäischer Sozialdemokratie und den Konservativen, sondern mitten durch die SPE .

Die SPE hat keine demokratische Strukturen und unterwirft sich der neoliberalen Ideologie. Deswegen reproduziert sie in ihren eigenen Reihen die Fehlentwicklungen der europäischen Konstruktion, die sie doch eigentlich bekämpfen müsste.

Das Herz der sozialdemokratischen europäischen Identität wurde von denen unter uns aufgegeben, die ganze Teile der neoliberalen Ideologie übernommen haben. Diese verlangen von uns Tag für Tag, im Namen der Anpassung an die Globalisierung, auf die meisten kollektiven sozialen Rechte zu verzichten, die wir in Europa gegen das Gesetz des Marktes aufgebaut haben.

Deshalb gehört die soziale Frage wieder in das Zentrum unseres Handelns und soll Motor der europäischen Konstruktion werden. Statt einer Politik der Entschädigung und der Hilfe für die Ärmsten kommt es auf die Parteinahme für die Arbeitnehmer gegen das Kapital, auf die Garantie der Vollbeschäftigung und eine hohe soziale Absicherung für alle an. So können wir eine Alternative zum Neoliberalismus darstellen und die Unterstützung des Volkes für das Projekt Europa zurückgewinnen.

Die soziale Forderung wird nur dann gehört werden, wenn die grossen europäischen Entscheidungen nach breiter öffentlicher Debatte demokratisch getroffen werden. Das soziale und das politische Europa sind untrennbar miteinander verbunden. Darum sollten die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten die Demokratisierung der europäischen Institutionen betreiben, die der Souveränität des Volkes entzogen wurden. Wir wollen eine wirkliche soziale und politische Verfassung unter Miteinbeziehung der Völker Europas in einem konstituierenden Prozess erarbeiten.

Dieser Text will innerhalb der SPE den notwendigen Bruch mit der neoliberalen Ideologie und die Suche nach einer sozialen, demokratischen und ökologischen Alternative fördern, die ein anderes Entwicklungsmodell für die Welt repräsentiert. Unser Text wird von einer Gruppierung von Verantwortlichen mehrerer sozialistischer und sozialdemokratischer Mitgliederparteien der SPE vertreten. Unsere Zahl wird anwachsen, denn wir wissen, dass unsere Analysen in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas weit geteilt werden. Unser Vorgehen hat vor allem zum Ziel, eine Diskussion mit allen Mitgliedern anzuregen. So eine Diskussion ist unserer Ansicht nach eine Bedingung für einen neuen Weg in der europäischen Sozialdemokratie, ohne den es keinen

neuen Weg für Europa geben wird. Wir fordern den Vorstand der SPE auf, diese breite Debatte zu organisieren und die notwendige Reform unseres Statuts in die Wege zu leiten.

ERSTER TEIL : Europa auf dem Holzweg

Von 6 Milliarden Menschen leben 2,8 Milliarden von weniger als 2 Dollar pro Tag, 1,2 Milliarden sogar mit weniger als 1 Dollar pro Tag. Die drei reichsten Personen auf Erden verfügen über ein Vermögen, das dem BNP aller ärmsten Länder zusammen und ihrer 600 Millionen Einwohner entspricht. Das Verhältnis der Einkommen der reichsten 20% der Welt zu den Einkommen der ärmsten 20% ist von 30 :1 im Jahr 1960 auf heute 78:1 gestiegen.

Diese Zahlen zeigen, dass unter den Bedingungen des Kapitalismus die Globalisierung die Ungleichheit verstärkt. Die Ungleichheit wachsen überall an, sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten selbst. Die Ungleichheit ist eine Konstante der neuen Ära des Kapitalismus.

Wir sprechen von einer neuen Ära, denn der Kapitalismus unserer Zeit ist ein anderer als der, unter dem sich die sozialistischen und sozialdemokratischen europäischen Parteien in der Nachkriegszeit entwickelt haben. Es ist ein Finanzkapitalismus, denn er wird durch die finanzielle Globalisierung beherrscht. Es ist ein transnationaler Kapitalismus, der die kleinsten Kosten- und Ressourcenunterschiede zwischen den Staaten ausnutzt und diese zur Anpassung an seine Bedingungen ohne Gegenleistung oder Verhandlung nötigt.

Der transnationale Finanzkapitalismus schafft es, sich Stück für Stück von den kollektiven wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Normen, die die politischen, demokratischen Strukturen begründen, zu entledigen. Die politischen Entscheidungsträger scheinen keine andere Wahl mehr zu haben, als sich dem System zu unterwerfen, um das vermeintlich Beste herauszuholen. Die Deregulierung der Finanzmärkte ist in vollem Gange, und der transnationale Finanzkapitalismus tendiert dazu, alle sozialen Normen im Dienste unbegrenzter Kapitalmobilität in Frage zu stellen.

Diese schwerwiegende Entwicklung führt unweigerlich zur Veränderung der politischen Bedingungen, die die europäische Sozialdemokratie in diesem Jahrhundert begründet haben. Mit einem nationalen Kapitalismus konfrontiert, hat sich die Sozialdemokratie Einfluss und Vertrauen durch den Kampf für soziale Rechte auf nationaler Ebene erarbeitet. Dank des allgemeinen Wahlrechts konnte sie ihre Werte verbreiten und Reformen durchführen. Diese Grundlage ist jetzt durch die Vorherrschaft des transnationalen Finanzkapitalismus unserer Zeit erschüttert.

Dieser Wandel erklärt, warum die ursprüngliche Annahme, ein politisches und soziales Europa folge der wirtschaftlichen Integration, ein Irrtum ist. Die Rechnung mit der "Europäischen Akte" und des Maastrichter Vertrages ist nicht aufgegangen. Die Europapolitik der sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen führt in eine Sackgasse. Nichts belegt den derzeitigen Holzweg der europäischen Konstruktion deutlicher als der Gipfel von Nizza, der das triste Spektakel einer Rückkehr zu nationalen Egoismen und der Unfähigkeit der Europäer sich um eine gemeinsame Vision zu vereinen, geboten hat.

Nizza hat Europas schlimmste Sündenfälle sichtbar gemacht: das Gegeneinander von "großen" und "kleinen" Ländern, die Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen, die Reduzierung der europäischen Konstruktion auf Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen. Nizza hat die europäischen Institutionen noch komplexer gemacht ohne sie effizienter zu gestalten. Es hat ihre Undurchsichtigkeit für die Bürger erhöht. Die Erweiterung unter den Nizza-Bedingungen durchzuführen, hiesse das Europa der 27 auf eine Freihandelszone zu reduzieren.

Nizza kehrt dem Europa das wir wollen den Rücken. Nizza bedeutet weniger Europa. Dabei muß die Antwort auf die Bedürfnisse der Völker und die Anforderungen der sozialen europäischen Bewegungen mehr Europa sein. Darum darf es nicht beim Vertrag von Nizza bleiben.

Der Fehlschlag von Nizza ist nicht Zufall, kein Aussetzer und keine momentane Schwäche. Er führt nur die liberale Strategie fort, die sich schon in Amsterdam durchgesetzt hat : die Schwächung

nationaler Kompetenzen für den Wegfall der Grenzen für Waren und Kapital, ohne einen europäischen Raum politischer und sozialer Regulation zu schaffen. Doch solch ein Rahmen wäre notwendig, um Politik im Dienste der Völker, der Einwohner und des Allgemeinwohl zu machen.

II. Das Projekt der europäischen Sozialdemokraten

1. Priorität für den Bau eines sozialen Europas

Trotz der Verbesserung der Konjunktur in Europa bleibt die Arbeitslosigkeit viel zu hoch und die Ungleichheit vergrößert sich : Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung, prekäre Arbeitsverhältnisse, inakzeptable Unterschiede in der Behandlung von Frauen und Männern, besorgniserregende Ungleichheiten zwischen Ost-, West- und Südeuropa.

Während für die europäischen Bürger der Abbau dieser Ungleichheiten Vorrang hat, ist die Priorität europäischer Wirtschaftspolitik Preisstabilität und Abbau der Defizite um jeden Preis. Sozialpolitik und Solidarität werden durch Workfare verdrängt beziehungsweise beschnitten. Das trifft die schwächsten Bürger am härtesten. Die europäische Vision der Sozialisten und Sozialdemokraten ist ein Europa mit einem gut ausgebauten sozialen Netz, das Vollbeschäftigung sichert.

a) Für Vollbeschäftigung, Wachstum und gerechte Verteilung

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik mit den Hauptzielen des nachhaltigen Wachstums und einer schnellen Rückkehr zu qualitativ hochwertiger Vollbeschäftigung. Denn die Armut in Europa wächst, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bleiben trotz günstiger Konjunktur noch sehr hoch. Die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten muss besser koordiniert werden um die Nachfrage und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Der europäische Haushalt muss progressiv deutlich anwachsen, damit eine effiziente Politik im Dienste von Arbeit und sozialer Sicherheit möglich wird. Die europäische Zentralbank muss neben der Preisstabilität auch auf Wachstum und Beschäftigung verpflichtet werden, da diese unabhängige Instanz sonst die Mittel, die im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, konterkarieren könnte. Europa muss sich die Vollbeschäftigung als Ziel setzen und ein Aktionsprogramm zur Förderung von Investitionen, Binnennachfrage, Forschung und Innovation auflegen.

Wir wollen:

- Die die Vollbeschäftigung als Ziel nicht aufgeben:

*Die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Armut als vollwertige Kriterien neben die Konvergenzkriterien zur Wirtschafts- und Währungsunion stellen,
*Aufnahme von Wachstum und Beschäftigung als oberste Ziele in das Statut des Systems europäischer Zentralbanken.

- Eine europäische Steuerpolitik im Dienste der gerechten Verteilung

Die aktuelle Tendenz der immer geringeren Besteuerung des Kapitals , muss umgekehrt werden., Die Steuerpolitik muss zu Gunsten der Arbeit geändert werden. Der europäische Steuerwettbewerb gefährdet die Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit, mindert die Besteuerung des Kapitals und fördert Dumping und Unternehmensflucht. Das darf so nicht fortgesetzt werden.

Deshalb fordern wir:

- ° die Harmonisierung der Besteuerung der Gewinne und aller Kapitaleinkommen, das Gewicht ungerechter Steuern wie der Mehrwertsteuer zu verringern, eine Besteuerung der Finanztransaktionen einzuführen, "Steuerparadiese" abzuschaffen.

-Langfristige Investitionen fördern :

dazu gehören:

- ° effektive Strukturpolitik, die etwas anderes ist als Wettbewerbs- und Liberalisierungspolitik
- ° Belebung der Forschung und Industriepolitik zum Zwecke der Entwicklung als Garanten langfristigen Wachstums.

° gemeinsame öffentliche, massive Programme zur Förderung neuer Technologien, sowohl als Mittel regionaler als auch sozialer Entwicklung (Güterverkehr per Schiene, multimodale Transportpolitik, Säuberung der Umwelt, usw.).

b) Ein Sozialvertrag

Bildung, das Gesundheitssystem, Mindestlohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, bezahlter Urlaub und dergleichen sollten in Europa nicht länger so unterschiedlich sein wie gegenwärtig.. Darum schlagen wir einen Sozialvertrag vor, der soziale Konvergenzkriterien und einen festen Zeitplan für folgende Punkte enthält :

- **Die Anerkennung sozialer Grundrechte** für Arbeitnehmer und Bürger. Dort würden die Prinzipien der neuen Charta aufgeführt, die zur Zeit erarbeitet wird.
- **gemeinsame soziale Normen, die die sozialen Sicherungssysteme nach oben harmonisieren** (Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Familienförderung...)
- **ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn zu einem präzisen Termin.** Um diese Konvergenz herbeizuführen könnte man sofort eine europäische Mindestlohnschlange einführen, die unter Berücksichtigung der nationalen Unterschiede nach und nach alle Niveaus auf das höchste anhebt.
- **Gewährleistung der sozialen Demokratie:** Die Lohnempfänger von Renault Vilvoorde, von Konzernen wie Michelin, ABB-Alstom oder Mannesmann haben gezeigt, wie notwendig es ist, die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften zu verstärken gegenüber willkürlichen Entscheidungen, ungerechtfertigten Massenentlassungen und überhöhten Gewinnmitnahmen auf Kosten der Beschäftigung. Es ist dringend notwendig, gewerkschaftliche Rechte zu garantieren und Raum für Sozialverhandlungen auf Unternehmens-, auf europäischer und transnationaler Ebene zu schaffen. Wir brauchen die Stärkung der europäischen Betriebsräte.

c) Stopp des Abbaus der öffentlichen Dienste im Sinne des Allgemeinwohls

Der öffentliche Dienst kann nicht auf seine wirtschaftliche Dimension reduziert werden, denn er dient ja nicht in erster Linie dem Konsumenten sondern dem Bürger, mit dessen weiterreichenden Bedürfnissen wie soziale Gerechtigkeit und Anspruch auf Leistungen auch ausserhalb der grossen Metropolen

Dies Prinzip wird jedoch im Namen des Wettbewerbs angegriffen. Immer mehr Aufgaben (Elektrizität, Wasser, Postdienst usw.) werden dem öffentlichen Dienst entzogen und den Regeln des Wettbewerbs unterworfen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bürger.

Der Stopp des Abbaus der öffentlichen Dienste ist mehr denn je von grosser Aktualität, wenn man an die Herausforderungen denkt, denen sich die Europäer gegenüber sehen. Hierbei geht es um den Kampf gegen sozialen Ausschluss und Landflucht sowie für die Entwicklung und Demokratisierung technologischer Errungenschaften. Es wäre völlig unzeitgemäß, diese Bereiche der Gewinnsucht und der Macht der Märkte zu überlassen. Im Gegensatz dazu ist es an der Zeit, die Notwendigkeit öffentlicher Dienste im Sinne des Allgemeinwohls zu öffentlich zu bekräftigen und ihre Existenz rechtlich zu schützen, wann immer private Dienste keine gleichwertige qualitative und ebenso kostengünstige Leistung für alle garantieren. *Wir schlagen daher eine Rahmenrichtlinie vor, in der die im Vertrag von Amsterdam anerkannten staatlichen Dienstleistungen definiert werden.*

2. Das Europa der Kultur und des Wissens

Der Zugang zur Kultur, zur Information und zum Wissen ist eine Bedingung der Freiheit und Gleichheit für die Bürger Europas. Die Politik in den europäischen Ländern muß diesen Zugang für alle durchsetzen.

Sie muß den Pluralismus der Kulturen und der Meinungen sichern, indem sie die Konzentration in dem Kommunikationssektor bekämpft und künstlerisches Schaffen mit öffentlichen Mitteln fördert.

Die Europäische Union muss auch allen den Zugang zum Internet ermöglichen.

Alle Bürger Europas haben ein Recht auf ein hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau. Jeder muß die Chance haben, an den technologischen Veränderungen teilnehmen zu können und sie nicht einfach nur über sich ergehen zu lassen. Eine Harmonisierung der Bildungssysteme nach oben sollte mit der Perspektive der nachhaltigen Professionalisierung angestrebt werden.

3. Das Europa der nachhaltigen Entwicklung

Rinderwahn, Dioxin, genetisch veränderte Organismen, die Gefahren der Kernenergie, städtische Umweltbelastung, bedrohte Flüsse und Meere, Ölpest, Klimaveränderung... Gefahren, Gesundheitsschäden und die globalen oder lokalen Ungleichgewichte nehmen ständig zu und werden heute als wirkliche Bedrohung wahrgenommen.

Heute setzt sich das liberale *laissez faire* trotz ökologischer Krise durch. Der Kapitalismus reagiert auf diese Situation auf seine, das heisst kommerzielle Weise. Die liberale Variante des Verursacher Prinzips heißt : man kann alles kaufen und verkaufen, sogar Umweltverschmutzungsrechte.

Der Kampf für die Umwelt, der in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kritik am vorherrschenden Wirtschaftsmodell und der Produktionsweise steht, die die Wurzel der Zerstörung der Umwelt ist, ist eine neue und wesentliche Dimension des sozialistischen Kampfes. Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung verbindet die Ökologie mit sozialer Gerechtigkeit und den Bedürfnissen der Menschen sowie die kurz- und den langfristigen Orientierungen.

Ohne deutliche Zeichen eines starken europäischen Engagements für nachhaltiges Entwicklung, könnte sich die Mißachtung von europäischen Richtlinien fortsetzen, und die langsame Zerstörung der Erde würde nicht gestoppt.

Wir schlagen daher vor :

- Die Schaffung eines europäischen **Fonds für grosse ökologische Aufgaben** (Sanierung der Flüsse, Schienentransportnetz, Förderung erneuerbarer Technologien und Energien). Dieser Fonds könnte durch eine europäische Ökosteuer finanziert werden, die die Verursacher der Umweltverschmutzung bezahlen müssten.
- Die Vorbereitung des langfristigen Umstiegs von die Umwelt belastender Energieproduktion (Treibhauseffekt, Atommüll) auf alternative Energiequellen.
- Auflage eines **mehnjährigen europäischen Programms zur Bekämpfung des Treibhauseffektes**, Verbot des Handels mit Umweltzertifikaten, die schnelle Ratifizierung des Protokolls von Kyoto.
- Festlegung von verbindlichen europaweiten **Umweltschutzrichtlinien** in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen. Zu diesem Zweck muss 2001 ein ausserordentlicher europäischer Gipfel für nachhaltiges Wachstum einberufen werden.
- Eine Neuorientierung der **gemeinsamen Agrarpolitik** hin zu umweltgerechter Landwirtschaft Hauptziele: der Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe, die Verbesserung der Qualität und der Respekt der Umwelt. Die Erhöhung der Qualitätsstandards, die Schaffung einer unabhängigen Lebensmittelsicherheitsbehörde mit umfangreichen Kontrollbefugnissen können jedem gesunde Ernährung bringen. Die europäischen Subventionskriterien sollten dahingehend verändert werden, dass der Produktivismus nicht weiter gefördert/dass Klasse statt Masse gefördert¹ wird (Förderung von Betrieben und nicht von Produktionsmengen, Hilfen nur bei Einhaltung ökologischer Kriterien).

4. Europa für eine neue Weltordnung

Die Europäische Union ist zwar die grösste Handelsmacht auf Erden, aber sie ist derzeit nicht in der Lage, der Globalisierung einen neuen Kurs zu geben. Sie bildet nicht das notwendige Gegengewicht zur Vorherrschaft der amerikanischen Hypermacht.

Die grosse Mobilisierung der Gewerkschaften, der NGO's und der öffentlichen Meinungen in Seattle und in Porto Alegre hat gezeigt, dass es keinen Grund zur Resignation gibt und die neo-liberale Ideologie nicht mehr triumphiert. **Eine neue Stimme kann jetzt auf der ganzen Erde gehört**

werden. Sie spricht von einer anderen Strategie basierend auf einer neuen Weise der Entwicklung und auf der Festlegung von sozialen und ökologischen Regeln.

Als Verfechter radikaler Reformen müssen sich die europäischen Sozialdemokraten jetzt deutlich engagieren :

- für die **Besteuerung der Kapitalbewegungen** (Tobinsteuer). Da die Einnahmen dieser Steuer für die Entwicklungshilfe in der dritten Welt gedacht sind, soll Europa diese Steuer einführen, um die weltweite Einführung zu initiieren.
- für **verbindliche weltweite soziale Normen**, deren Einhaltung von der IAO überwacht und garantiert werden und die Vorrang vor den Handelsrichtlinien haben.
- den **Erlaß der Schulden der dritten Welt**, er muss eine neue Ära der Kooperation und der Entwicklungshilfe einleiten. Es gilt, die Strategie des WWF komplett zu verändern, seinen Einfluss zu reduzieren und das Gewicht von UNO und des UN Entwicklungsprogramms (UNDP) zu stärken. Europa muß die Mittel für die ärmsten Entwicklungsländer insbesondere in Afrika erhöhen und die öffentliche Debatte mit NGO's und den unterschiedlichen Ländern suchen, um die Abkommen von Lomé komplett neu zu gestalten.
- **gegen die Erweiterung der Befugnisse und Kompetenzen der WHO**, so lange es keine weitreichende Neuorientierung nach verbindlichen sozialen und ökologischen Gesichtspunkten gibt. Es ist nicht zumutbar, dass Staaten oder demokratische Instanzen weltweiter Staatengemeinschaften unter dem Vorwand des globalen Wettbewerbs die Möglichkeit, ihre Völker zu verteidigen, verlieren. Darum fordern wir eine zivile parlamentarische Kontrolle der WHO. Im übrigen ist jede Neufassung des Multilateralen Investitionsabkommens und damit die Ausweitung der Sphäre des Kommerzes auf Bildung, Gesundheit, Kultur und Patentierung der Gene abzulehnen.

III. Der institutionelle Rahmen : Die europäische Föderation

Ein anderes Europa ist möglich. Es braucht demokratische politische Institutionen, denn sie sind unentbehrlich, um die notwendigen Regulierungen durchzusetzen.

Es wird kein soziales Europa ohne ein politisches Europa geben und das politische Europa wird nicht spontan aus der Wirtschafts- und Währungsunion hervorgehen. Der ökonomische Neoliberalismus, der sich in der europäischen Union durchgesetzt hat, geht auf ein demokratisches Vakuum zurück.

Das oberste Ziel der Sozialdemokraten muß das Schaffen eines demokratischen regulatorischen Rahmens, der Kampf für die Wirtschaftsdemokratie sein. Unser Ziel ist klar : die Durchsetzung des Primats der Politik, die Volkssouveränität, die demokratische Kontrolle dort wiederherstellen, wo die Aufgaben des Staates nicht etwa an den Bürgern gegenüber verantwortlichen Organe abgegeben, sondern wo sie schlichtweg aufgegeben wurden.

Europa muss sich jetzt eine Verfassung geben. Diese sollte die demokratische Entscheidungsfindung wiederherstellen und klären, welche Kompetenzen nationale oder regionale Ebenen haben sollen und was auf föderaler Ebene zu regeln ist. Sie muß die Strukturen der parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene festlegen.

Die Entscheidung der Sozialdemokraten muss klar sein : für ein föderales und soziales Europa, eine europäische Föderation mit demokratisch legitimierten und effizienten Institutionen. Die Erweiterung der Europäischen Union wäre eine Flucht nach vorn, wenn ihr nicht die Vertiefung durch den Aufbau eines politischen Europas vorausginge.

Hier ist die Methode von entscheidender Bedeutung. Es kann nicht darum gehen, zum wiederholten Male die europäischen Institutionen auf Regierungsebene zu reformieren. Europa braucht nicht nur eine Verfassung, sondern die Europäer brauchen einen Prozess der Erarbeitung einer Verfassung, an dem die Bürger, *die politischen Kräfte und die Zivilgesellschaft der Völker Europas* beteiligt werden. Die am meisten legitimierte Instanz für die Erarbeitung einer Verfassung unter Beteiligung der

Bevölkerung ist eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene verfassunggebende Versammlung. Sie hat einen Entwurf zu erarbeiten, welcher in den nationalen Parlamenten diskutiert wird, bevor es in den Ländern zur Volksabstimmung kommt.

Vielleicht werden nicht alle Mitgliedsstaaten diese Vorgehensweise teilen. Aber die Zeit der Klärung ist gekommen. Entweder sind wir 15 bereit, eine neue Etappe der politischen und sozialen Integration in Angriff zu nehmen, dann müssen wir den Weg dahin noch vor der Erweiterung abstecken. Oder es gibt noch wesentliche Differenzen, dann heisst es, einen Kern zu bilden, eine Avantgarde, die in der Lage ist, den politischen föderalen Raum zu gestalten, da sie davon überzeugt ist, dass das europäische Projekt das eines politischen und sozialen Europas ist und nicht das eines Europa à la carte, eines Europa der konzentrischen Kreise, das heisst eines Europa, welches dazu verdammt wäre, ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten zu bleiben. Diese Föderation, die allen offen stünde, die dazugehören wollten, würde der grossen Union der 27 oder 30, die nach dem Fall der Berliner Mauer hätte entstehen sollen, ein politisches Herz geben.

Wenn wir Transparenz und Effizienz wollen, dann müssen die Institutionen klar organisiert werden, denn die Bürger möchten wissen, wer entscheidet. Wir schlagen eine Europäische Föderation mit einer Verfassung vor, die folgendes festlegt :

- als Präambel eine Charta der Grundrechte; die soeben geschaffene muß um soziale Grundrechte erweitert werden (z.B.Recht auf Arbeit und auf Wohnraum),
- ein souveränes Parlament, welches über Gesetze und Haushalt für Europa abstimmt und als einzige durch allgemeine Wahlen bestimmte Institution Europas die volle legislative Gewalt ausübt,
- eine zweite Kammer, die die Mitgliedsländer repräsentiert,
- eine europäische Regierung, die von dem Parlament eingesetzt wird und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig ist.

Ausserdem muss man auf die eine oder andere Art und Weise auf diejenigen eingehen, die eine demokratische Kontrolle des Systems der europäischen Zentralbanken fordern, um den Kurs der europäischen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Die jüngsten Schwächen des Euro sollten all diejenigen, die eine strenge Unabhängigkeit des europäischen Währungsinstitutes forderten, zum Nachdenken bringen.

IV. Für eine wahre Sozialdemokratische europäische Partei

Um ein soziales europäisches Projekt voranzubringen, um die Solidarität zu stimulieren, braucht es die Mobilisierung der Europäer. Um diesen grundlegenden Wandel herbeizuführen, muss die Sozialdemokratische Partei Europas mehr als nur eine leere Hülle sein. *Es ist traurig*, mitanzusehen, daß die SPE in den grossen Debatten über die Zukunft Europas systematisch keine Rolle spielt.

Die SPE funktioniert auf Konsensbasis, und viele geben sich damit zufrieden aus welchen Gründen auch immer.. Dieser undemokratische Mechanismus hat zur Folge, dass die Stellungnahmen banal und die Aktionen ineffizient sind. Sicher gibt es viele Schwierigkeiten, die mit dem multinationalen Charakter der Union zusammenhängen. Es kommt dazu, daß die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien unterschiedliche Strukturen und kulturelle Unterschiede haben. Aber wir teilen alle ein gemeinsames Erbe -das der Arbeiterbewegung, wir haben die gleichen Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Wir verfolgen ein gleiches Projekt, ein soziales Modell, welches den Arbeitern Rechte und Einkommen sichert.

Um eine wirkliche SPE aufzubauen, muss auf die Parteimitglieder gesetzt werden. An sie müssen wir uns wenden, wenn wir uns ein linkes Europa wünschen. Die sozial-liberalen Vorstellungen in der SPE hängen mit der fehlenden Beteiligung der sozialdemokratischen und sozialistischen europäischen Basis zusammen.

Die Parteitage der SPE sind bisher Prominententreffs und helfen nicht weiter. Wir wollen eine SPE, die das sozialdemokratische Ideal verbreitet und von ihren Mitgliedern belebt wird.

Wir schlagen vor, die SPE so zu verändern, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist : sie soll Debatten initiieren, in die alle Mitglieder unserer Parteien einbezogen werden und bei denen transnationale Texte über die politische Orientierungen diskutiert werden. Dafür

müssen die Parteitage der SPE demokratische Diskussionen führen, die eine politische Linie über europäische Fragen erarbeiten und einen demokratisch gewählten Vorstand hervorbringen, der diese Linie umsetzt.

Darüber hinaus soll die SPE das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder stärken, etwa über eine jährliche SPE Woche die gleichzeitig in allen unseren Parteien als europäische Kampagne stattfindet, über die Diskussion mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund, den Globalisierungsgegnern und den linken und ökologischen Parteien . Grosse Foren müssen veranstaltet werden über die Fragen sozialer Normen in Europa und auf der Welt, über die Zukunft der Co-Entwicklung mit der dritten Welt, über die europäische Kultur..., an Themen mangelt es nicht.

Schliesslich meinen wir, die SPE muss sich klar als Verteidigerin der Interessen der Arbeitnehmer und Lohnempfänger Europas profilieren. Die Entwicklungen des Kapitalismus haben die Interessengegensätze der Klassen nicht verschwinden lassen. Dies anzunehmen wäre naiv und gefährlich. Denn die Folge wäre, daß die Unterprivilegierten unserer Länder ihrer politischen Vertreter beraubt würden. Weltweit ist der Platz der Sozialdemokraten an der Seite derer, die Ausbeutung erleiden, die sich in sozialen Bürgerbewegungen gegen die liberale Globalisierung stellen und dafür kämpfen, eine Alternative zur ungerechten Ordnung der Welt, in der wir leben, zu bauen.